

Um das gute Einvernehmen

FDGB-Komplexe

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt stabilisiert, erklärte der holländische Gewerkschaftler Kuypers in Halle an der Saale. Er ist Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes und Leiter einer Delegation dieses Bundes, die Deutschland bereist.

In Hannover, Bielefeld, Düsseldorf und Hamburg hatten die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre den Weltgewerkschaftlern Meldungen vor die Nase gehalten, nach denen der Weltgewerkschaftsbund die Zwangsarbeit im Ruhrgebiet befürworte und die deutschen Arbeiter für nicht schlechter genährt und gekleidet halte als ihre ausländischen Kollegen.

Kuypers und seine Delegierten wurden nicht müde zu erklären, daß diese Meldungen falsch seien und aus Kreisen stammten, die das gute Einvernehmen des Weltgewerkschaftsbundes zu den deutschen Gewerkschaften trüben wollten.*

Die Entnazifizierung sei überall nicht genügend durchgeführt, am weitesten sei die Sowjetzone.

Die Deutschen benutzten die günstige Gelegenheit und klagten den Gästen ihre



Kotikow wurde massiv

Die „Tägliche Rundschau“ druckte ihn ab

Kummernisse. Adolf Kummernus, Hamburgs Gewerkschaftsvorsitzender, meinte, man müsse Sojabohnen einführen und Walfangschiffe bauen, die Hannoveraner forderten höhere Löhne, vor allem für die berufstätigen Frauen, und die Hallenser baten um Erleichterungen im Interzonenverkehr. Überall versprachen die Weltgewerkschaftler, sich mit den zuständigen Militärregierungen in Verbindung zu setzen.

* Die American Federation of Labour, mit 6 Millionen Mitgliedern der schärfste Konkurrent des Weltgewerkschaftsbundes im Kampf um die Gewinnung der deutschen Arbeiterschaft, hatte in London demonstrativ gegen die geplante Zwangsverpflichtung für den Ruhrbergbau Protest erhoben.

Von Paris aus verkündete Louis Sallant, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften solle noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland stattfinden. 6 400 000 deutsche Arbeiter seien bereits organisiert. Allerdings könne man die deutschen Gewerkschaften nur geschlossen aufnehmen.

Eigentlich wollten Kuypers und seine Leute noch rechtzeitig zur interzonalen Gewerkschaftskonferenz in Berlin sein. Sie hielten sich aber so lange in Halle auf, daß sie es nicht mehr schafften.

So eröffnete der französische Oberst Ziegel als Vertreter der Alliierten Berliner Kommandantur am Montag die Konferenz von 20 Gewerkschaftsvertretern der vier Zonen im Hause des FDGB in der Wallstraße.

Auch die Stadtverwaltung von Berlin wollte eigentlich die Konferenzteilnehmer begrüßen und zu einem Empfang einladen. Da Oberbürgermeister Dr. Otto Ostrowski (SPD) dienstlich verhindert war, hatte er den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr, das Haupt der Opposition im Berliner FDGB, in die Wallstraße geschickt. Aber Hans Jendretzky, erster Vorsitzender des FDGB in der Sowjetzone, ließ ihn nicht herein, da eine Begrüßung durch ihn unerwünscht sei. Dr. Suhr, der zugleich Generalsekretär der Berliner SPD ist, mußte wieder nach Hause gehen.

Der Sowjet-Oberst Tulpanow sagte dem FDGB die Unterstützung seiner Regierung zu, und Hans Jendretzky legte die Ansichten seiner Organisation zur Moskauer Konferenz dar. Jeder Plan einer Aufteilung Deutschlands in Kleinstaaten sei undiskutabel, sagte er, und die Gewerkschaften hätten ein Recht, neben den politischen Parteien zum Friedensvertrag gehört zu werden. Sie seien die größte Massenorganisation.

Die Lage beim Groß-Berliner FDGB ist nach wie vor ungeklärt. Die Russen einerseits und die Amerikaner, sekundiert von den Briten und Franzosen andererseits, sind zu keiner Einigung gekommen. Die Russen stützen den alten FDGB-Vorstand und die von ihm geplante Wahlordnung, die Westmächte halten ihre Hand über die sogenannte „unabhängige demokratische Gewerkschaftsopposition“ und ihren Vorschlag. Die „Unabhängigen“ (SPD-, CDU- und unabhängige Gewerkschafter) wollen Urwahlen aller Mitglieder, weil nur so die einseitige Vorherrschaft der SED gebrochen werden könne, der alte hauptsächlich sedistische Vorstand will indirekte Vorstandswahlen durch Delegierte.

Man war schon mühsam zu einem Kompromiß gekommen und hatte ihn der Kommandantur eingereicht. Diese aber kam nach siebenstündigen hitzigen Debatten zu keinem Kompromiß.

Im Gegenteil, der russische Kommandant Generalmajor Kotikow zog ein Dokument aus der Tasche und las seinen Kollegen eine längere Darstellung des ganzen FDGB-Fragenkomplexes vor, in dem unter anderem davon die Rede war, daß der amerikanischen Delegation der Wunsch fehle, zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Eine weitere Diskussion sei zwecklos, und nach russischer Ueberzeugung dürften die Gewerkschaften die alte Wahlordnung benutzen. Die „Tägliche Rundschau“, das offizielle russische Blatt, druckte das alles ab, und die russisch lizenzierten Blätter taten es ihr nach.

Die Amerikaner waren anderer Ansicht. Erstens hielten sie sich dafür verantwortlich, daß die Berliner Arbeiter eine wirklich freigewählte Interessenvertretung hätten, sagte Frank Howley, Oberst und



Für die Einfuhr von Soja-Bohnen Kummernus klagt deutsche Kummernisse

Direktor der US-Militärregierung von Berlin. Und zweitens, sagte Howleys Chef, General Keating, der amerikanische Kommandant, sei es ein Bruch des Viermächteabkommens, derartige Angriffe gegen einen Alliierten zu richten, noch dazu in einer Presse, die technisch nach wie vor als „Feindpresse“ zu bezeichnen sei.

Inzwischen ist die Amtszeit des FDGB-Vorstandes, die auf ein Jahr befristet war, abgelaufen. Der FDGB-Vorstand faßte aber den Entschluß, weiterhin als „geschäftsführend“ im Amt zu bleiben. Die „Unabhängigen“ ihrerseits wollen aber die Beschlüsse dieses Gremiums als nicht bindend betrachten. Alle Verhandlungen zwischen Ost und West sind bisher erfolglos geblieben. Das Interregnum hält an.

Spandauer Totentanz

Alle Fenster waren vergittert

Das ist die furchtbarste Brandkatastrophe seit Menschengedenken in Berlin, erklärte Oberbranddirektor Feierabend vor den Ruinen des Ausflugslokals „Karlslust“ in Spandau-Hakenfelde. Fassunglos starren neben ihm viele Menschen auf das chaotische Bild: 88 verkohlte Leichen, verbrannte Balken, verschmorte Kleidung, ein Schuh mit einem verkohlten Frauenfuß, alles überzogen von einer Eisschicht gefrorenen Löschwassers. Sarg auf Sarg füllt sich, in den Krankenhäusern stöhnen 40 Menschen unter ihren Brandwunden. 108 werden vermißt.

„Karlslust“ war das größte Lokal in Spandau. Nahezu tausend Menschen, darunter 50 Engländer, vergnügten sich am 8. Februar beim Kostümfest des Sportklubs Spandau-Neustadt. Draußen ist es grimmig kalt. Um es seinen zum Teil mit sehr luftigen Kostümen bekleideten Gästen angenehm zu machen, läßt der Wirt die eisernen Öfen tüchtig heizen. Daß ein Balken der hölzernen Dachkonstruktion in den Kamin ragt, stellt die Polizei erst später fest.

Die Stimmung ist kurz vor Mitternacht auf dem Höhepunkt, als Kunstradfahrer ihre Kapriolen vorführen. Plötzlich erlischt die Beleuchtung. Ein flackernder Licht-

streifen geistert an der Decke. Viele glauben, das gehöre zum Programm, da knistert es im Gebäck. Eine Frauenstimme schreit: „Feuer!“. Eine Panik bricht aus. Sturm zum Ausgang. Sturm auf die Garderobe.

Doch die Tür ist nur 130 cm breit, die einzige Tür. Menschen stauen sich, stolpern, werden zertrampelt. Alle Fenster sind vergittert (das Lokal diente im Kriege als Gefangenenlager), alle Türen zugemauert und verschlossen, bis auf die eine. Drei Minuten nach dem ersten „Feuer!“-Ruf brennt der ganze Dachstuhl lichterloh. Prasselnd stürzen brennende Holzstücke auf die wildschreiende Menge.

Viele, die schon draußen waren, drängten wieder hinein, um ihre Garderobe zu holen. Sie treffen auf die Hinausdrängenden. In diesem Augenblick kommt die Decke feurig herunter. Die Leichen liegen in dreifacher Schicht.

Ein Musiker will seinen Kontrabaß retten und versperrt damit die Tür, bis ein britischer Soldat das Instrument in die Flammen zurückschleudert.

Auch der Schlagzeuger der Kapelle blockiert mit seinem Instrument wertvolle Sekunden lang den Ausgang.

Nach 15 Minuten kommt erst die britische, dann die deutsche Feuerwehr mit

Die Mörder sind über uns

Der Prozeß wurde vertagt

Vor dem Schwurgericht in Halle a. d. S. läuft ein Mordprozeß gegen mehrere ehemalige Angestellte der Provinzialverwaltung. Angeklagt sind Regierungsrat Peter, ehemals Dezernent der politischen Polizei bei der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt, Kriminalinspektor Zimmermann und Kriminalobersekretär Stuhrmann. Verdächtig wurde ein Minister.

Die Sekretärin Helene Mader, die die Beweise für umfangreiche Verfehlungen der Angeklagten in Händen hatte, ist von ihnen am 26. Februar 1946 umgebracht worden. Die drei Angeklagten lockten Helene Mader in ein Auto, raubten ihr die belastenden Unterlagen und brachten sie durch Genickschuß um. Die Leiche wurde verschleppt.

In der öffentlichen Schwurgerichtssitzung sagte der Angeklagte Zimmermann aus, auch „höchste Kreise der Provinzialverwaltung“ hätten durch die Ermordete belastet werden können. Helene Mader sei die Sekretärin des vor einem Jahr verhafteten und in der Haft gestorbenen Hans-otto Schwabe, des „Leiters des Hilfswerks der Provinz Sachsen“ gewesen. Dieser, ein

Noch am selben Abend fuhr Generalstaatsanwalt Fischl (SED), der vor Übernahme seines hohen Amtes erster Rechtsberater der Kommunistischen Partei der Provinz Sachsen war, zu einer Besprechung in Koenens Wohnung.

Der zweite Verhandlungstag war sehr kurz. Generalstaatsanwalt Fischl übernahm selbst die Anklagevertretung. Er gab bekannt, daß er die vom Gericht bestellten Zeugen abbestellt habe.

Inzwischen waren aus Berlin die SED-Vorstandsmitglieder Erich Gniffke und Franz Dahlem angereist gekommen. Sie hatten Dauerbesprechungen mit Fischl, Innenminister Siewert, König und Koenen. Im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten sie den Extrakt ihrer Untersuchungen. Schwabe war danach nicht „Leiter des Hilfswerks der Provinz Sachsen“, sondern Großschieber, Helene Mader eine Prostituierte, der Kriminalinspektor Zimmermann ein Drechsler, Regierungsrat Peter und Kriminalobersekretär Stuhrmann aber waren nur gewöhnliche Polizeibeamte. Die Beschuldigungen gegen führende SED-Funktionäre seien also völlig haltlos, folgern Gniffke und Dahlem.

Am dritten Verhandlungstag gab es für die wenigen Zuschauer, die durch die strenge Eingangskontrolle durchgelassen wurden, (der Erste Staatsanwalt überprüfte persönlich die Einlaßkarten und Personalausweise), eine neue Sensation:

Der angeklagte ehemalige Regierungsrat Peter widerrief seine Aussage, daß Minister Siewert ihm die Anweisung zur Ermordung von Helene Mader gegeben habe. Der Generalstaatsanwalt hatte kurz vorher noch eine etwa halbstündige Unterredung mit Peter in dessen Zelle gehabt.

Der Angeklagte Zimmermann, der trotz seiner 26 Jahre schon zwei Schlaganfälle in der Haft erlitten hat, wurde vom Gericht wegen früherer Fragebogenfälschungen als unglaublich bezeichnet.

Der Angeklagte Stuhrmann erkrankte plötzlich, saß mit kreideweißem, fast grünlichem Gesicht auf der Anklagebank und war nicht vernehmungsfähig. Am nächsten Tag starb er an „Herzlähmung bei Bauchfellentzündung“ im Gefängnis.

Der Prozeß aber wurde vertagt. „Auf unbestimmte Zeit“, sagte das Gericht. „Für immer“, meinen die Hallenser.

Notwehr gegen das Schiebertum

Aber keine Todesstrafe in Sachsen

Die Frage der Todesstrafe für Schwarzhändler entflammte in der 10. Sitzung des Sächsischen Landtags in Dresden eine heftige Debatte.

Dr. Liebler (LDP) beantragte: Bei der Bestrafung der Schwarzhändler solle von der Verhängung der Todesstrafe abgesehen werden. Heute gehe es nicht darum, nur zu vergelten, sondern voranzuschreiten, sagte er. Die CDU stimmte zu.

Die Sprecher der SED waren befremdet. „Sie haben den Schiebern und Schleihhändlern wieder Mut gemacht“, erklärte einer ihrer Abgeordneten: „Wir gingen von unserem Prinzip, die Todesstrafe aufzuheben, nicht ab, als Ihre Gesinnungsfreunde schwiegen. Aber wir haben erkannt, daß wir die Todesstrafe heute als Waffe der Notwehr gegen die Reaktion und das Schiebertum notwendig brauchen.“

Der SED-Mann bat flehentlich „im Namen der am Schleihhandel sterbenden Kinder“ um die Zurückziehung des Antrages, womit der Antragsteller nicht einverstanden war. Es kam zur Abstimmung: 51 zu 48 für die bürgerliche Mehrheit. Keine Todesstrafe für Schieber, Schwarzhändler und Preiswucherer.



Viele Tote ließen sich nicht mehr identifizieren

sechs Löschzügen, viel zu spät alarmiert. Die Ambulanzen fahren schon die Verletzten ab, als sie eintrifft. Unter dem Schnee ist der einzige Hydrant erst freizulegen. Das Wasser friert fast in den Schläuchen. Britische Soldaten versuchen Frauen und Mädchen zu retten, 6 kommen dabei um.

Einige Leute flüchten sich in den Keller, finden jedoch dort keinen Ausgang. Endlich werden ihre gellenden Hilfeschreie gehört.

Später sagten Engländer, es sei ihnen unverständlich, daß die Deutschen zur Garderobe eilten, anstatt zu versuchen, sich ins Freie zu retten. Dazu meint der „Abend“: „Die furchtbare Armut der Berliner ist wohl nie deutlicher geworden als in der Schreckensnacht von Hakenfelde, wo die von Panik besessenen Mädchen und Männer doch noch mehr Angst um ihre Garderobe als um ihr Leben hatten.“

krimineller Kzler, habe umfangreiche Lebensmittelschiebungen vorgenommen.

Er sei auch der Lieferant des stellvertretenden Ministerpräsidenten Robert Siewert (SED), des SED-Landesvorsitzenden Bernard Koenen und des Leiters der Polizei, Ministerialdirektor Georg König sowie des Landwirtschaftsministers Dr. Dammerow (LDP) gewesen.

Wenn er diese Ausführung schon früher gemacht hätte, sagte Zimmermann, und nicht erst jetzt vor der Öffentlichkeit, wäre er nicht wieder aufgetaucht.

Angeklagter Regierungsrat Peter gab an, er habe mit Minister Siewert ein Telefongespräch geführt und von ihm die Weisung erhalten, Helene Mader zu „liquidieren“.

Das Gericht beschloß, den Minister Siewert, den SED-Vorsitzenden Koenen und den Ministerialdirektor König als Zeugen zu vernehmen und vertagte sich.